

Diskussion

Moderation:

Hans Besenböck, Direktor Information / ATV

Alfred Spicker

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe Murau/ Steiermark

Ich bin Direktor einer berufsbildenden Schule in der Steiermark und ich habe mich auf die Gefahr hin zu Wort gemeldet, dass einige Ängste kriegen, in die „zu enge Schulbank“ gesperrt zu werden, wie das heute schon thematisiert worden ist. Ich hoffe, das ist jedoch nicht der Fall. Auch vor der Apostrophierung als – wie hat es so schön geheißen – „verkorkster Studienrat“ habe ich keine Angst. Es geht mir um Folgendes: Ich komme aus einem ländlichen Raum, und meine Sorge geht dahin, dass diese Initiative des lebenslangen Lernens wieder zu einem Privileg der Bürger der Ballungszentren wird, wenn nicht eine Struktur geschaffen werden kann, die es den ländlichen Regionen ermöglicht, hier entsprechend Anteil zu nehmen.

Mein Vorschlag - in Anlehnung an Herrn Dr. Steinringer - wäre, wirklich diese Kooperation mit bestehenden Einrichtungen auszubauen, ich meine hier das bestehende Schulwesen, und ich glaube das berufsbildende Schulwesen erfüllt in vielen Bereichen diese Anforderungen. Wenn ich an den Wunsch von Dr. Steinringer denke, Praktiker einzusetzen, so kann ich dazu feststellen, dass das bei uns seit langem gegeben ist. Und es gibt auch Ansätze einer Kooperation mit der Erwachsenenbildung: Ich arbeite selbst mit dem landwirtschaftlichen Fortbildungsinstitut und mit dem Berufsförderungsinstitut zusammen, gerade auf dem Sektor der Informationstechnologie. Für mich wäre aber eine weit intensivere Zusammenarbeit sowohl im Hinblick auf die Erwachsenenbildung als auch hinsichtlich weiterer Anregungen, die für das Schulsystem selbst daraus entstehen könnten, wünschenswert. Dies wären meine Überlegungen, damit nicht der ländliche Raum mangels entsprechender Einrichtungen wie großer Wirtschaftsförderungsinstitute oder Ähnlichem zu kurz kommt.

Wilhelm Filla

Verband österreichischer Volkshochschulen

Wir diskutieren hier in einer Weise, die letztlich in eine ganz bestimmte Richtung geht: Es geht unter dem Titel des lebenslangen Lernens letztlich nämlich wieder um eine wirtschaftszentrierte Betrachtungsweise. Das kann man dann ein bisschen relativieren, aber in der Praxis stehen die wirtschaftszentrierten Zusammenhänge im

Mittelpunkt, und es geht beispielsweise überhaupt nicht um die Frage öffentlicher Interessen. Und es geht auch nicht um die Frage öffentlicher Verantwortung, etwa im Zusammenhang mit der Finanzierung von Erwachsenenbildung durch Bund, Länder und Gemeinden. Was manche Gemeinden zur Wahrnehmung dieser Verantwortung tun, ist nämlich gleich Null. Was manche Länder tun, ist ebenfalls nahezu null. Und was der Bund im Bildungsministerium tut, ist zwar für jene, die davon profitieren, löblich, aber es ist auch zu wenig. Genau diesen Umstand müsste man daher in einem Länderbericht zum „Memorandum über lebenslanges Lernen“ anschnitten, d.h. die Frage der ungenügenden öffentlichen Finanzierung lebenslangen Lernens auf allen drei Ebenen.

Der zweite Punkt, den ich in der Diskussion ganz grundsätzlich vermisse, betrifft die Tatsache, dass Erwachsenenbildung auch mit Reflexionsfähigkeit, d.h. der kritischen Reflexion der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zusammenhängt. Das ist jetzt natürlich eine Argumentation von vor 30 Jahren, ich weiß das, das ist also wirklich reaktionär, aber ich beharre trotzdem darauf, hier Reaktionär zu sein.

Wenn Frau Oels zum Beispiel die „Salzburger Gespräche“ erwähnt, dann weist sie damit auf eine seit Jahrzehnten bewährte Initiative hin, die europaweite Bedeutung hat, aber überhaupt nicht gefördert wird, sondern nur auf Grund unseres Engagements weiterhin betrieben werden kann, mit der Zielsetzung, auf europäischer Ebene auch kritisches Denken zu fördern. Es wäre daher gut, wenn die Referentinnen und Referenten am Podium auch die Frage des „radikalen“ Denkens ansprechen. In Österreich wäre das aus bestimmten Gründen sehr notwendig.

Larissa Krainer

Universität Klagenfurt, Studienzentrum für Weiterbildung

Das ist ein schöner Anknüpfungspunkt mit der Reflexion, ich würde da auch gerne weitermachen. Ich meine, dass die Wirtschaft sehr wohl reflektiert, es wird teuer Supervision, Coaching und alles Mögliche zugekauft, nur in den Ausbildungen fehlen solche Reflexionskompetenzen stark. Ich meine, dass ein weiterer Kritikpunkt am Memorandum daher der sein könnte, dass nach wie vor sämtliche Lernprogramme sehr stark am Individuum ausgerichtet sind. Es geht ums Lernen des Individuums, d.h. um die Frage: Wie bringen wir den Einzelnen, die Einzelne voran? Ich meine aber, dass eine Frage, die in Richtung kritischer Reflexion von Organisationen und Institutionen gehen könnte, lauten müsste, wie denn *kollektive* Lernformen möglich sind. Das ist zwar etwas, das mit dem Begriff der Schlüsselqualifikationen zunehmend thematisiert wird, indem man fragt, wie man Kooperationsfähigkeit und Teamfähigkeit fördern kann. Aber die zentrale Frage wird zu wenig deutlich gestellt: Wie kann man kooperatives Lernen stützen, um auch zu Formen der kooperativen Reflexion zu kommen?

Herwig Stage

Berufsförderungsinstitut Wien

Ich muss zum einen sagen, dass diese Debatten, die wir hier führen, in Wirklichkeit schon seit mehr als 20 Jahren geführt werden. Das ist das, was mich immer ein

bisschen depressiv stimmt, weil es trotz bescheidener Weiterentwicklung – denn die gibt es natürlich auch – echte qualitative Sprünge nicht gibt. Wenn ich zum Beispiel den Kollegen Steinringer hier sehe, dann fällt mir ein, dass wir bereits 1976 solche Modellversuche für Bildungsfreistellung durchgeführt haben, sozialpartnerschaftlich organisiert und mit wirklicher Aufbruchstimmung. Da waren wir alle voll im Boot und wollten etwas weiter entwickeln. Und dabei war natürlich auch Reflexionsfähigkeit und politische Bildung ein Thema.

Was die Finanzierung betrifft, das muss man in aller Deutlichkeit sagen, hat sich die Situation aber bedeutend verschlechtert. Da muss ich dem Kollegen Bauer völlig Recht geben. In erster Linie finanziert die Erwachsenenbildung, mindestens die berufliche – sie verstehen schon, dass ich eine Sympathie habe für den Kollegen Filla, aber ich spreche hier interessengeleitet über die berufliche und berufsbezogene Erwachsenenbildung – die berufliche Weiterbildung also finanziert zum höchsten Teil das Arbeitsmarktservice, und wenn man dort ansetzt mit einer Streichung, dann braucht man nicht viel Fantasie um vor auszusehen, was das bedeutet. Denn das Bildungsministerium gibt für diesen Bereich nur wenig aus: Sie entschuldigen Herr Sektionschef, aber Sie wissen es ja selber, mit diesen – ich weiß nicht – 160 Millionen, da ist ja nichts in Wirklichkeit, das kann man ja fast vergessen, diesen Betrag.

Ihre Analyse, Herr Kollege [Lorenz Lassnigg], hat mir sehr gut gefallen, und ich finde, sie trifft in nahezu allen Punkten zu. Ich frage halt nur, und ich komme schon zum Ende: Wenn man forscht, wenn man die Informationen sucht, kostet das alles Geld, und wer zahlt denn das? Wenn alles zurückgeht, wer soll denn diese Mehraufwendungen finanzieren? Das heißt, da gehört über das Verbale hinaus einmal gehandelt, und da gehören entsprechende Strukturen geschaffen, da gehört koordiniert, nur dann wird vielleicht ein bisschen etwas weitergehen.

Hubert Regner

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Weiterbildung

Ich möchte an der Herrn Stage anschließen, aber indirekt eigentlich an den Herrn Lassnigg. Zur letzten Wortmeldung von Herrn Stage, dass wir nicht streichen können bzw. unklar ist, wer das alles finanziert, kann ich nur sagen: Bitte, wir haben jetzt 30 Jahre diskutiert, aber wir haben bis heute keine aggregierten Daten, aus denen wir wirklich sinnvoll Schlussfolgerungen ableiten könnten. Das beginnt bei den Universitäten und reicht bis hin zu den anderen Bereichen. Wir haben keine Kostenrechnung, aber wir fordern immer Finanzierungsstrukturen. Und gleichzeitig beklagen wir uns. Seit 20 Jahren wissen wir das, und genau das ist das „Heiße Kartoffel“-Syndrom.

Da sitzen jetzt drei Experten am Podium, und auch an Sie gerichtet möchte ich sagen: Wir in der Provinz draussen versuchen zu motivieren, dass endlich die Wiener Zentralen solche Daten liefern. Seit zwei Jahren versuche ich das vergeblich, auch das Wirtschaftsforschungsinstitut hat sich geweigert, das zu machen. Verstehen Sie, ich kann nicht jammern, dass wir zu wenig Geld zur Verfügung haben, aber gleichzeitig fehlen uns die Datenmengen, die wir für die Analyse von

Finanzierungsströmen benötigen, um zu rechtfertigen, wozu wir das Geld brauchen. Ich glaube, da ist noch einiges an Aufklärung notwendig.

Wilhelm Sommer

Landesschulrat für Oberösterreich, Berufsschulinspektor

Frau Oels, Ihre Worte waren Musik in meinen Ohren. Diese Worte sollten wir uns alle etwas mehr zu Herzen nehmen und unseren jungen Menschen weitergeben. Wir Österreicher erschauern, wenn wir nach Norden schauen, wir erschauern, wenn wir nach Westen schauen, wir werden knieweich, wenn wir in den Osten und in den Süden schauen. Wir sollten etwas selbstbewusster sein. Sie haben festgestellt, dass wir in Österreich bereits 40 Jahre gute Bildung machen und dass in der Erwachsenenbildung sehr viel passiert.

Sicher, es gehört auch manches verbessert. Wir müssten dazu aber zuerst einmal schauen, wo die Verhinderer sind, die jegliche Entwicklung stoppen. Fünf, sechs Jahre später springen sie auf einen Zug auf, der ganz sanft in Bewegung gekommen ist und fühlen sich dann häufig als große Entdecker. Österreichs Bildungssystem ist gut, aber wir müssen weiter arbeiten, da stimme ich mit Ihnen allen überein.

Peter Roland

Europaakademie Dr. Roland, Wien

Es geht mir hier einzig um eine inhaltliche Frage. Und zwar wird immer von wichtigen Basisqualifikationen in der Erwachsenenbildung und im lebensbegleitenden Lernen gesprochen. Aber ich habe bei diesen Gesprächen eines vermisst: Natürlich gehören dazu Lesen, Schreiben, Computerkenntnisse und dergleichen, aber wäre nicht in einem solchen Projekt, einem solchen Bericht, die allerwichtigste Basisqualifikation das europabezogene Wissen? Ich möchte jetzt das Ergebnis der irischen Volksabstimmung nicht irgendwie damit in Zusammenhang bringen, aber fern ist es dem ganz bestimmt nicht. Und ich glaube, als Basisqualifikation für alle europäischen Staaten gehört das zumindest endlich einmal diskutiert.

Karl Kalcsics

Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung, Steiermark

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, was ganz am Anfang des „Memorandums“ als eigentliches Ziel des lebensbegleitenden Lernens genannt wird: Es soll sowohl die aktive Staatsbürgerschaft als auch die Beschäftigungsfähigkeit gefördert werden. Das findet nun, bei der Diskussion des „Memorandums“, zu wenig Berücksichtigung, denn es ist verführerisch, unmittelbar die sechs Botschaften zu diskutieren. Ich denke aber, dass stärkere Anstrengungen gemacht werden müssten, um dieses übergeordnete Ziel zu klären und zu verfolgen: Wie kann ich aktive Staatsbürgerschaft unterstützen und fördern, und was meint man damit? Ist

das angedeutet, was man früher mit Allgemeinbildung betrieben hat? Das ist als Ergänzung sicherlich noch zu überlegen.

Felicitas Pflichter

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Ich möchte nur darauf hinweisen, das es bei den Universitäten nicht nur um Forschung geht, sondern dass die Universitäten auch einen wesentlichen Beitrag zur Erwachsenenbildung leisten. Dass die Universitätslehrgänge in der derzeitigen Fassung des österreichischen Länderberichts, wie wir bereits schriftlich angemerkt haben, nicht besonders erwähnt werden, ist schade. Ich möchte diese Lücke wenigstens hier auffüllen.

Michael Tölle

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Abteilung Weiterbildung

Ich möchte Frau Oels etwas fragen: Es wurde ja jetzt beim Rat in Lissabon dieses Verfahren der offenen Koordinierung eingeführt. Könnten Sie sich vorstellen, dass das auch im Rahmen der Umsetzung des „Memorandums“ passieren könnte? Dass von der Kommission strategische Zielvorgaben gemacht werden, die auch quantifiziert sind, und dass dann unter Berücksichtigung der nationalen Ausgangssituation die Länder in regelmäßigen Intervallen berichten, inwieweit sie bei der Umsetzung Fortschritte erzielt und welche Maßnahmen sie ergriffen haben. Ist das denkbar?

Hans Besenböck

Austria-TV

Ich fasse es jetzt ein bisschen zusammen. Da war nämlich vieles Spannendes da, was Sie gesagt haben. Ein Punkt ist mir aufgefallen, der hat geheißen: kritisches Denken in der Erwachsenenbildung, staatsbürgerliches Bewusstsein, und damit verbunden war auch Wissen über Europa. Der zweite Punkt betrifft die Förderung kollektiver Formen der Erwachsenenbildung, und dann natürlich als Drittes das ganz zentrale Thema: Wer zahlt, und wer zahlt was? Aber auch: Wer verhindert, dass mehr gezahlt wird? Können Sie am Podium damit leben, wenn Sie auf diese drei Fragen besonders eingehen?

Fritz Bauer

Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich

Zu den einzelnen Fragen, die Sie genannt haben, möchte ich sofort eingehen, ich möchte aber noch einen Punkt von vorhin erwähnen, der in dieser Knappheit untergegangen ist: Wir haben nichts gesagt zu den neuen Methoden und Lernformen und dass man sich vorstellt, dass IKT-gestützte Lernformen so viel effizienter sind und man dann über Bildungsfreistellung und solche Dinge nicht mehr zu reden braucht. Ich habe auch von Ihnen, Herr Dr. Steinringer, gehört, dass die

Bildungsarbeit eine Arbeitgebersache ist. Ich fürchte, dass hier möglicherweise Modellvorstellungen vorliegen, dass man sich irgendwelche Datenpakete online downloadet und in gewissen Hirnregionen speichert. Bildungsarbeit ist aber immer noch Arbeit von Menschen und wird auch immer Zeit brauchen, individuell oder im Kollektiv, wo dann auch ganz andere Lernziele erreicht werden können. Ich bin über diese Ergänzung daher sehr froh, dass wir die kollektiven Lernformen nicht vergessen dürfen, weil wir da eine ganz andere Möglichkeit des Zugangs zum Gemeinwesen, zu den regionalen Erfordernissen haben und nicht nur auf die Dimension der individuellen Beschäftigungsfähigkeit abstellen. Ich habe bei meinem Statement ja auch betont, wie wichtig uns die Dimension der Zivilgesellschaft ist.

Zur Frage: „Wo sitzen die Verhinderer für Bildungszeit und für Bildungsgeld?“ Da würde ich mir jetzt leicht tun, meine Argumente unwidersprochen auszubreiten, wo wir uns am Podium um ein Mikrofon streiten, so im Stile der alten ORF-Diskussionen. Aber ich will es jetzt nicht auf diese Ebene kommen lassen. Es geht um einen Finanzierungsmix, das ist überhaupt keine Frage. Wir dürfen aber bei diesen Überlegungen nicht übersehen, was Arbeitnehmer eigentlich in diesen Finanzierungsmix an Arbeits- und Lernzeit einbringen. In volkswirtschaftlicher Betrachtung nennt man das Opportunitätskosten. Wenn man das in diesen Bereich hineinkalkuliert, kommen wir auf gewaltige Beiträge, die die Arbeitnehmer einbringen. Das ist ein wichtiger Punkt, das auch zu sehen.

Der zweite Punkt ist: Werden wir nur auf die Kräfte des Marktes vertrauen, oder wollen wir auch eine gemeinnützige Erwachsenenbildung strukturell unterstützen, damit es auch andere Preisangebote gibt am Markt, damit es auch Qualitätszuwächse gibt und damit es auch gestützte Preise gibt. Das ist eine wesentliche politische Frage. Für mich ist die Antwort klar: wir brauchen eine gemeinnützige Grundversorgung mit Erwachsenenbildung, denn es kann nicht sein, dass alles nur der Markt macht. Wir werden aber beides brauchen, d.h. wir werden sehr viel Markt brauchen, und wir werden auch sehr viel an individueller Förderung brauchen.

Die Modelle, die zum Teil im Bereich der individuellen Förderung laufen, sind meines Erachtens viel versprechend. Wir haben in Oberösterreich mit dem Bildungskonto etwas entwickelt, das jetzt seit fünf, sechs Jahren erfolgreich verläuft, und wir sind jetzt, im heurigen Jahr, bei einem Zuschuss des Landes Oberösterreich von 92 Millionen Schilling angelangt. Das ist an sich keine Kleinigkeit, und vor allem kann man das auch recht gut steuern, weil wir für verschiedene Zwecke besondere Förderungen gewähren. Und es gibt immer auch Beiträge von Betroffenen.

Wir haben weiters im Wirtschaftsförderungsprogramm Modelle, wo auch Unternehmen beteiligt werden. Hier gibt es Stiftungsmodelle, Inplacement-Stiftungen usw., wo gerade dann, wenn Unternehmungen massiv interessiert sind, entsprechende Handlungsmöglichkeiten gegeben sind. Sie haben es ja angedeutet, Herr Dr. Steinringer, dass Sie sich auch solche Modelle vorstellen können, wo Unternehmungen sich auch finanziell beteiligen.

Verhinderer gibt es nur dort, denke ich, wo kategorisch gesagt wird, dass nicht darüber diskutiert werden soll. Das, was wir jetzt beginnen mit diesem Dialog über lebensbegleitendes Lernen in Österreich, sollte aber dazu führen, dass wir gewisse

Tabus brechen in der Diskussion, vor allem aber im Handeln. Ich habe kein Verständnis für Depression angesichts dessen, dass nichts weitergeht, aber ich nehme zur Kenntnis, dass man es so einschätzt. Wir brauchen jetzt nicht Depressionen, wir brauchen Aufbruchstimmung, damit wir in diesen Zielen weiterkommen.

Johann Steinringer
Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft

Ich möchte mich wirklich nur auf einige Punkte konzentrieren. Zunächst einmal die Voraussetzung jeder weiteren Diskussion: Tatsache ist, dass wir heute in Österreich ca. 2500 Weiterbildungsanbieter haben. Das soll man nicht übersehen, dass hier ein riesiges Volumen da ist, von dem wir eigentlich nichts wissen.

Zweitens: Das Volumen der innerbetrieblichen Bildung, die keine üblichen Formen wie, „wenn alle schweigen und einer spricht, so nennt man dieses Unterricht“ hat, sondern ein beiläufiges Lernen innerhalb der Betriebe ermöglicht, zeigt sich in der Prosperität unserer Wirtschaft, der Exportfähigkeit und so weiter. Denn das ist nicht mit schlecht qualifizierten Menschen zu machen, sondern das ist nur mit Menschen zu machen, die in den Betrieben lernen. Wir haben vom Volumen dieses Lernens aber keine Ahnung, weder zahlenmäßig noch finanziell.

Und deswegen Punkt drei - jetzt möchte ich es überspitzen - halte ich es als gelernter Pädagoge für einen nicht gerechtfertigten Vorhalt, wenn gesagt wird, dass wir, wenn wir miteinander arbeiten, nichts lernen würden und auch nicht kritisch wären. Das würde bedeuten, dass Lernorte nur dort sind, wo Lehrer angestellt werden, und nicht dort, wo kooperiert wird. Es wäre mein Wunsch, wenn das ein Anstoß zu einer neuen Diskussion über die Frage des „Lernen Lernens“ wäre, die wir nur integrativ behandeln können.

Was die Universitäten betrifft bzw. die Lehrgänge universitären Charakters, so sehe ich diesen Bereich als eine Hoffungsform des Weiterlernens, weshalb ich Ihre [Felicitas Pflichters] Wortmeldung unterstütze, dass es hier sehr viel gibt, auch im postsekundären Bereich. Und schlussendlich: Es gibt einen Berufsbildungsbericht, der bisher alle zwei Jahre gelegt worden ist, und, wie ich höre, nun eigentlich nicht mehr gelegt werden soll. Wir sollten aber eigentlich im eigenen Land mit Maßnahmen beginnen, und diese Ergebnisse sollten wir dann zur EU tragen, das wäre mein Vorschlag. Es würde nicht schaden, in Österreich einen ordentlichen Berufsbildungsbericht zu erstellen, der dann auch die Forschung wieder anregen würde. Hier würden Kooperationen wie beispielsweise zwischen dem Institut für höhere Studien und dem Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft sicher zu entsprechenden Leistungen im Stande sein.

Martin Haidinger
ORF, Ö1 Wissenschaftsredaktion

Um Gottes Willen, Herr Direktor aus der Steiermark, entschuldigen Sie, abgesehen davon, dass Anwesende immer ausgenommen sind: der „verkorkste Studienrat“ war

- so wie das ganze Beispiel mit dem „hinter eine Schulbank zwängen“ - ja eher als Bild dieses stereotypen Klischees zu verstehen. Ich leiste hiermit Abbitte, ich kenne sehr viele nicht verkorkste Studienräte, sogar Oberstudienräte, es ist die Mehrheit.

Nun aber zur Reflexionsfähigkeit als Bestandteil lebenslangen Lernens, denn das bringt uns zu einem anderen Aspekt, den ich nur erwähnen will, nämlich der Nützlichkeit. Es ist ja auch davon gesprochen worden, dass alles nur auf die Wirtschaft hin bezogen wird. Ich entnehme dem, dass die Diskrepanz zwischen Bildung und Ausbildung, also die Frage nach Überschneidungen und Abgrenzungen noch immer nicht ganz entschieden ist. Was ist Bildung, was ist Ausbildung? Ist Bildung ein Wert an sich? Soll sie, muss sie, kann sie Bestandteil einer effektiven Erwachsenenbildung sein? Ich meine, ja!

Der Beitrag der Universitäten wurde angesprochen. Die Universitäten sind nicht Ausbildungsstätten für Twens, sondern sie sind Bildungsinstitutionen, und im Gedanken der alten „Universitas“ kommt das ja auch zum Ausdruck, dass die Universität aus allen Altersgruppen bestehen soll. Daher sind die Universitäten aus der Erwachsenenbildung nicht weg zu denken.

Natürlich, Sie [Wilhelm Filla] haben schon Recht: Reflexionsfähigkeit muss auch ein Bestandteil der politischen Bildung, so fern sie existiert, sein. Nur, wenn wir schon von den Erfahrungen der letzten 30 Jahre reden, sollten wir daraus auch einige Lehren ziehen. Es wäre naiv anzunehmen, dass sich jetzt das politische Bewusstsein bis hin zum Abstimmungsverhalten in gewissen Fragen durch Unterricht beeinflussen lassen kann. Das heißt also, diese Reflexionsfähigkeit muss auf Information beruhen und nicht auf Tendenzunterricht, das muss man schon einmal sagen.

Lorenz Lassnigg
Institut für Höhere Studien

Ich werde mich nach den drei Punkten halten. Der erste betrifft die Frage des kritischen Denkens, die Kritik an der wirtschaftlichen Orientierung. Ich habe mir überlegt, ob ich diesen Aspekt einbringe in mein Statement, habe das dann aber aus Zeitgründen gestrichen. Ich möchte sagen, dass mich das gegenseitige Ausspielen dieser beiden Bereiche stört. Es hat einen Artikel gegeben von Ricardo Petrella, in dem er die Politik der Europäischen Union in dieser Hinsicht kritisiert und in Anspielung auf das englische System der „University for industry“ – ein virtuelles Netzwerk für die Entwicklung des lebensbegleitenden Lernens, das von der Konstruktion her sehr gut aussieht, die Frage ist nur, ob es so gut funktioniert – eine „University for the public good“ als Alternative fordert. Und ich glaube, er hat Recht. Ich sehe eigentlich nicht, wenn man das „Memorandum“ als Basis für die Diskussion nimmt, warum das ausgeschlossen sein sollte. Die Frage ist in einem gewissen Sinn aber, wer die Initiative übernimmt, um so etwas aufzubauen. Aus meiner Sicht gibt es da jedenfalls sehr viele Ansatzpunkte, von denen her sich sogar eine Notwendigkeit dafür ergibt.

Zu den kollektiven Lernformen: Ein wesentlicher Punkt im „Memorandum“ ist die Frage der methodischen Innovationen, andererseits geht es aber auch um die

Frage, wie man das schulische Lernen näher zu den Erfahrungskontexten bringen kann. Natürlich ist es so, dass es in den Arbeitsprozessen Lernerfahrungen gibt und auch Reflexionsprozesse und dass das auch gefördert wird. Wenn man aber die Diskussionen in Österreich zum Beispiel zur Lehrlingsausbildung betrachtet, nämlich auf welchem Niveau sich das abspielt, dann muss man daran zweifeln, dass hier wirklich initiativ in Richtung einer Entwicklung von lernenden Organisationen gearbeitet wird.

Zum dritten Punkt: Wer zahlt was, wie kommen wir dazu, hier einen sinnvollen Mix aufzubauen? Da scheint mir die entscheidende Frage zu sein. Was brauchen wir, wie viel brauchen wir? Ich glaube, eine Diskussion darüber, wer was zahlt, hat eigentlich keine Grundlage, wenn man nicht weiß, wie viel man braucht. Einstweilen bleibt das einfach zu unverbindlich, *was* man überhaupt braucht. Es gibt in Österreich auf der einen Seite die Position, dass man sagt: Okay, der größte Teil wird über den Markt gemacht, denn heutzutage glaubt man in vielen Bereichen, dass der Markt ausreichend funktioniert. Und auf der anderen Seite werden bestimmte Bedürfnisse aufgelistet, so zum Beispiel im Rahmen der Beschäftigungspolitik, wo gesagt wird, dass die Weiterbildungsbeteiligung der Unqualifizierten und der Mittelqualifizierten gehoben werden soll. Und da werden dann sogar die Raten angegeben, aber sonst nichts! Was kostet das, wie viel sind das, was muss man dafür tun: Das sind die Fragen, die trotzdem offen bleiben.

Monika Oels

Internationale Sachverständige / Europäische Kommission

Ich fange mit der Frage an, die mir direkt gestellt wurde, nämlich der Frage der offenen Koordinierung. Sie wissen ja, dass die EU-Kommission im Bereich der Bildung nicht die Rechte hat, über die sie in anderen Bereichen wie der Beschäftigungspolitik, der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik verfügt. Deswegen ist natürlich gerade in solchen Bereichen, wo die rechtliche Grundlage so schwach ist, diese Methode besonders wirksam. Seit Lissabon soll die Methode der offenen Koordinierung daher ausgelotet werden, erprobt werden, eben durchaus auch im Bildungsbereich. Man kann sagen, das hat den Vorteil, dass da welche vorangehen können: Da ist Raum für Visionäre. Das können alle Regierungen sein, das können einzelne Personen sein. Da wird ein neuer Raum geschaffen, um Dinge entstehen zu lassen, die in Räumen, wo es nur um Macht geht, um Hierarchien nicht entstehen könnten. Europa braucht solche visionären Räume.

Aber auch so ein Raum wie dieser hier ist ein visionärer Raum, wo in offener Kooperation nach guten Lösungen für ganz Europa gesucht wird. Sie erörtern Modelle für Ihr eigenes Land, aber Sie überlegen auch, was Sie anderen Europäern vorschlagen können. Insofern ist das eine Methode, die mich sehr begeistert. Auch im Innenleben der Kommission wird so gearbeitet, das kann ich Ihnen versichern. Man merkt, dass da eine große Offenheit innerhalb der Mitarbeiter, der Kollegen herrscht, die nicht nur auf Anordnungen reagiert. Sondern da gibt es dieses Diskussionsklima, wo genau solche Fragen, wie sie heute diskutiert werden, eingebracht werden.

Dann zur Frage der Verbindlichkeit: Es ist ja schön, nette Ideen zu haben, aber Sie haben die Frage der Verbindlichkeit zu Recht angesprochen. Es sollte vielleicht noch einmal stärker betrachtet werden, was in den nationalen Aktionsplänen schon drinnen steht für den Bereich Beschäftigung, für den Bereich Soziales. Ich weiß, dass die einzelnen Länder da schon relativ weit sind, und dass in diesem Bereich auch regelmäßig Fortschritte erzielt werden. Zudem gibt es ja von der UNESCO die Initiative „Education for All“. Da sind auch Empfehlungen ausgesprochen worden, dass alle Länder der Welt Pläne erstellen sollen, wie die Grundbildung für alle verbessert werden kann. Ich nehme an, dass auch in Österreich daran gearbeitet wird, einen solchen nationalen Aktionsplan zu entwickeln. Es geht darum, die Quote der Menschen, die keine Basic Skills in der Bedeutung eines minimalen Schulabschlusses haben, deutlich zu reduzieren, und zwar in Zehnjahresplänen. Da ist also auch noch einmal etwas parallel im Gange. Man sollte daher sehen, dass Verbindlichkeit, die in anderen Bereichen schon geschaffen wird - und wo sich zum Teil wichtige Unterabschnitte mit Bildung befassen - in die gegenwärtigen Anstrengungen im Bildungsbereich übernommen werden und die verschiedenen Ansätze zusammengeführt werden.

Generell ist der Dialog etwas, was wir brauchen. Die Fähigkeit der Bürger, Fragen zu stellen, Hintergrundwissen zu haben, die richtigen Fragen stellen zu können, wie Ihre Frau Bildungsministerin das auch sagt, so etwas muss dann auch zum Bildungskanon gehören. Da kann man nicht sagen, es ist mit der Schule alles erledigt. Wir haben jetzt gerade in Göteborg gesehen, dass die jungen Leute, die dort auf die Straße gegangen sind, einen kritischen Dialog mit der Kommission haben wollten. Da waren auch 20.000 einfach friedlich dabei. Die haben die Kommission herausgefordert und haben gesagt: „Wir haben in der Schule so etwas eben nicht gelernt. Was hören wir in der Grundschule über Globalisierung, über die Folgen der Globalisierung?“ Man muss bei Basic Skills eben auch nachdenken über Sachen wie „financial literacy“ oder die Bausteine der Globalisierung, d.h. über die Dinge, wo es Entwicklungsbedarf gibt in Europa und wo es sich lohnt, sich dran zu setzen.

Ebenso würde es sich im Bereich ökonomischer Forschung lohnen, die Finanzierungsfrage noch einmal ganz anders zu stellen. Wir haben in der Europäischen Kommission mehr Geld im Bereich Forschung als im Bereich Bildung, das sollten Sie wissen. Die „DG Research“ ist eine der reichsten Kommissionsabteilungen. Dort lohnt es sich hinzugehen mit guten Ideen für die Forschung auch im Bildungsbereich und die Forschung über Interkulturalität. Die Weltbank hat zusammen mit dem internationalen Währungsfond auf der Dakar-Konferenz 2000 den Entwicklungsländern gesagt - und das gilt für Europa, denke ich, eben auch: Es geht nicht nur darum, den Zahlungskräftigen einen Weiterbildungsmarkt zur Verfügung zu stellen, denn das wird keine Entwicklungsschübe in den Ländern bringen, wenn wir nur die erreichen, die wir immer schon hatten. Sondern man muss Begrifflichkeiten entwickeln, man muss Methoden entwickeln, damit man Umschichtungen und Neuansätze auch messen kann. D.h. man definiert den Begriff „ökonomische Investitionen“ neu: Ökonomische Investitionen sind auch solche, mit denen man den Menschen die Freiheit gibt, sich zu bilden, und zwar auch nach ihren eigenen Wünschen; dass man die Bürger als

das eigentliche Potenzial Europas betrachtet. Da fehlt es an Forschung, da haben Sie Recht, das ist ein Blindflug im Nebel, und es wäre sinnvoll, wenn da Anträge vielleicht von Konsortien kommen, um die ökonomische Wissenschaft noch einmal zu erweitern und in der Bildungsökonomie neue Begrifflichkeiten zu entfalten.

Im Umweltbereich, den ich in den letzten Jahren beobachtet habe, ist es auf interessante Weise passiert, dass man gefragt hat: Was kostet das, wenn Sie jetzt nicht mehr in den Wald gehen können, wenn der Wald wegen des sauren Regens nicht mehr vorhanden ist? Der Eintritt in den Wald, was hätten Sie dafür bezahlt? Und dann fängt man an, solche virtuellen Kalkulationen aufzubauen. Genau da müssen wir dran, das ist noch ein unbeschriebenes Feld, und da brauchen wir eine vereinte Anstrengung. Die Leute müssen erfahren, dass das eine Dienstleistung ist, und vielleicht sind sie dann auch in einem neuen Sinne Investoren, denn dann ist jeder einzelne Bürger ein Investor, der Geld investiert in seine Kompetenz, die dann auch die Kompetenz der Gesellschaft ist. Man kann also auch ganz anders an die Finanzierungsthematik herangehen, das neu betrachten. Und es würde mich freuen, wenn diese Herausforderung angenommen werden könnte.